

Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeigebureau und
Braunm. u. O., Dresden,
Gebr. Reinhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einschließlich Porto mit der täglichen Unter-
nehmenszeitung „Arbeiter“, 12 Monate 12 Mark, 6 Monate 6 Mark.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 331. Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 331 und 1277.
Belastbarkeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille-
zeile 35 Pf., die 20 mm breite Nonpareille 20 Pf., für auswärts-
Anzeigen 4 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mieta-
angebote 40 Pf. Rabatt für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 7

Dresden, Montag den 9. Januar 1928

39. Jahrg.

Früherisches Friedenswerk

Briand will nur „Verdammung des Angriffskrieges“ — Einen Schiedsvertrag ignoriert er

P. Paris, 8. Januar. (Eig. Drahtber.)
Das Auswärtige Amt hat am Sonnabend die in Washington vom Staatssekretär Kellogg überreichte Antwort Briands auf die amerikanischen Forderungen veröffentlicht. Die Heber-
cassung der kurzen Note, deren sachlicher Inhalt bekannt war,
besteht darin, daß sie sich ausschließlich auf den Antikriegs-
pakt bezieht und den Schiedsvertrag zwischen Frankreich
und den Vereinigten Staaten überhaupt nicht erwähnt. Nach
einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen erklärt Briand
seine Hebercassung mit den amerikanischen Gegenforderungen
und gibt der Meinung Ausdruck, daß es von großem Vorteil wäre,
den Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich
gleichzeitig zu unterzeichnen. Weiter heißt es dann in der Antwort:

„Ich bin ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung
der Republik bereit ist, gemeinsam mit der Regierung der Ver-
einigten Staaten allen Nationen einen zwischen Frankreich
und der Union geschlossenen Pakt zur Annahme vorzulegen, wo-
durch die vertraglichen Parteien jeden Angriffskrieg
verboten und erklären würden, zur Beilegung aller Streit-
igkeiten, welcher Art sie auch immer sein könnten, alle friedlichen
Mittel anzuwenden. Die hohen Vertragsparteien würden sich
verpflichten, diesen Pakt allen Staaten zur Kenntnis zu bringen
und sie zum Beitritt dazu aufzufordern.“

Damit zieht Briand ohne jede Begründung, ja ohne auch
nur den Anschein eines Widerspruchs zu den amerikani-
schen Vorschlägen zu erwecken, die Beschränkung des Antikriegs-
paktes auf die sogenannten Angriffskriege in die Verhandlungen
hinein. Nicht weniger schwerwiegend ist die Tatsache, daß er anstatt
der von Washington beantragten Verhandlungen über einen Ver-
trag zwischen den Hauptmächten lediglich ein Abkommen zwischen
Frankreich und den Vereinigten Staaten vorschlägt, dem bei-
seitigen die übrigen Völker eingeladen werden sollen.

Den Krieg lediglich zu verdammen, ohne sich durch einen
Schiedsvertrag zu verpflichten, alle Streitigkeiten unblutig durch
Verhandlungen zu lösen, hat nur ganz wenig Sinn. Briand ver-
schiebt und verschandelt sein eigenes Friedenswerk.

Reaktionen aus Washington belegen, daß die Aufnahme
der Note in Amerika durchaus ablehnend sein soll. Das soll
auch in einer binnen kurzem zu erwartenden Antwort des
Staatsdepartements zum Ausdruck kommen.

Der Faschismus verhöhnt den Völkerbund

Die italienische Regierung hat dem Völ-
kerbundsekretariat die Registrierung des Ver-
trages von Tirana angekündigt. Dieser Vertrag
läuft auf ein militärisches Bündnis hinaus, das
im November 1927 zwischen Italien und Albanien abge-
schlossen wurde und namentlich in Belgrad nicht unberech-
tigten Unwillen hervorrief. Wir haben schon damals darauf
hingewiesen, daß dieser Vertrag eine so ausgebrochene
politische und militärische Oberherrschafft
Mussolinis über Albanien herbeiführt und des-
halb vom Völkerbund unmöglich registriert werden könne.
Italien hat den Vertrag nun trotzdem eingereicht, weil es
weiß, daß das Völkerbundsekretariat keine Verweigerung hat,
die Registrierung irgendeines ihm übergebenen Ver-
trages zu verweigern. Die Frage ist deshalb, ob hier nicht
eine Lücke im Völkerbundpakt besteht, die schamhaft ausge-
füllt werden sollte. Der Tiraner Vertrag ist nicht einmal

äußerlich dem Völkerbundstatut angepaßt, wie es z. B.
bei den französischen Militärverträgen insofern der Fall ist,
als es hier ausdrücklich heißt, daß die Vertragsverpflich-
tungen sich innerhalb des Rahmens der Völkerbundbestim-
mungen zu halten haben.

Wenn der Völkerbund diesen Vertrag widerspruchs-
los registriert, so macht er sich mitschuldig an der Be-
günstigung militärischer Konfliktbereiten.

Otto Stolten

D. Hamburg, 9. Januar. (Eig. Funkdruck.) Von
einem schweren Verlust ist am Sonntag nachmittag die Ham-
burger Arbeiterkassette betroffen worden. Bürgermeister
Otto Stolten, langjähriger Vertreter der Sozialdemo-
kratie Hamburgs im Reichstag und in der Bürgerkassette, ist
nach längerer Krankheit aus dem Leben geschieden.

Otto Stolten wurde am 1. April 1883 in Hamburg geboren,
hätte also in einigen Wochen sein 45. Lebensjahr vollendet.
In ärztlichen Verhältnissen groß geworden, wurde es ihm
nur unter Schwierigkeiten möglich, eine der Hamburger Pri-
vatkassetten zu besuchen. Nach vollendeter Schlofferlehre ging
der Reineckener auf die Wanderschaft, die ihn auch für
längere Zeit nach Dresden brachte. Hier trat er den
Eisenachern bei, um nach seiner Rückkehr nach Hamburg in
der vereinigten Partei bald in Ehrenämtern tätig zu sein.
1880 wurde der Gründer des Hamburger Echo's,
Johannes Wedde, auf den jungen intelligenten Schloffer auf-
merksam. Er beschäftigte ihn mit Berichterstattung, u. a. auch
für die Bürgerkassette, wodurch Stolten in das kommunal-
politische Leben eingeführt wurde. Bald wurde
Stolten unter dem Sozialistengesetz Redakteur im Hamburger
Echo, wo er neben Volkensdorf und Frohne wirkte. Nach-
dem der Verstorbenen wiederholt vergeblich kandidiert hatte,
zog er unter großem Jubel der Hamburger Partei 1901 als
erster Sozialdemokrat in das Hamburger Landesparlament ein.
Ganz selbstverständlich war es, daß er später bei An-
wachen der Vertretung Fraktionsführer wurde, bis die Par-
teie, als 1913 August Bebel starb, ihn als Nachfolger des
großen Parteiführers in den Reichstag entsandte. Auch 1919
war Stolten Hamburger Vertreter in der Nationalversammlung.
Gleich darauf, im März 1919, zog er in den Hamburger
Senat ein und wurde Bürgermeister. 1925 trat der ver-
diente Führer in den Ruhestand, weil zunehmende Krank-
heit ihn aus dem Amt entfernte.

In der letzten Zeit litt Stolten sehr schwer. Geistig
immer noch sehr regsam, konnte er sich körperlich kaum rühren.
Zuletzt war er ganz erblindet. Im Kreise seiner Familie
ist er nun am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr aus dem
Leben geschieden. Die Hamburger Arbeiterkassette, die mit
großer Liebe an ihn hing und für die er besonders unermüd-
lich tätig war, beklagt in ihm einen der Besten der aus ihren
Reihen Hervorgegangenen.

Sturmflut in London

Von einer Sturmflut, die bis jetzt 20 Todesopfer
gefordert hat, ist London heimgesucht worden. Der gewal-
tige, zeitweise mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 bis
90 Meilen rasende Sturm hatte eine Flutwelle erzeugt, die
bei Beckenüber die Ufermauern in etwa 50 Meter Breite
durchbrach und sich dann in die Straßen Londons ergoß.
Beide Parlamentshäuser, das Waterloo-Hospital und der
Tower, wurden mit unheimlicher Geschwindigkeit über-
schwemmt. Jeder Verkehr wurde zunächst unmög-
lich gemacht. Am gefährlichsten wurde die Flutwelle bei der
Charing-Cross- und der Waterloo-Brücke. Die Untergrund-
bahnen und Straßenbahnen konnten ihren Dienst nicht fort-
setzen. Polizisten und freiwillige Helfer mußten sich bis
zur Brusthöhe durch das Wasser einen Weg in die
bedrängten Wohnungen bahnen. Bei den Rettungsversuchen
spielten sich fürchterliche Szenen ab: Todesangst der
Ertrinkenden erfüllte die Luft. Die gesamte Feuerwehrt
aufgeboten worden. Einzelne Wohnungen waren
bis an die Decke mit Wasser gefüllt. Vorläufig
sind die Leichen von zwölf Ertrunkenen geborgen. Da mit
dem Brechen einer weiteren Flutwelle gerechnet wird,
sind Notbarrikaden errichtet worden. Seit Menschen-
gedenken ist London von einer Heberschwem-
mungskatastrophe in solchem Ausmaße nicht
heimgesucht worden.

Heftige Stürme und Heberschwemmungen
haben auch in den übrigen Teilen Englands ge-
wolligen Schaden angerichtet; in Irland und in
Schottland sind durch den Sturm ebenfalls große Ver-

heerungen angerichtet worden, so daß der Eisenbahn-
verkehr an verschiedenen Stellen zeitweilig eingestellt
werden mußte.

Berlin, 9. Januar. (Eig. Funkdruck.) Die Gesamtzahl der
in London bei der Heberschwemmung ums Leben gekommenen
wird, wie amtlich gemeldet wird, auf 18 angegeben. Die Rechtzahl
benutzte Kellerräumlichkeiten. Sie erkrankten mußte unermüdet ein-
setzender Rast und der sich hieraus ergebenden Unmöglichkeit, sich
auf irgendeine Art zu retten.

Große Sturmschäden

Sind in der Nacht zum Sonnabend auch in Berlin zu verzeichnen
gewesen. Der mit einer Geschwindigkeit von 15 Meilen in der
Sekunde über die Stadt fegende Wirbelwind hat zahlreiche
Schäden an Dächern, Fenstern und auch sonst
erheblichen Schaden angerichtet. Im Berliner Tiergarten wurden
hohe Teile von den Bäumen gerissen, im Grunewald und in den
Vororten der Umgebung Berlins sind zahlreiche Bäume entwurzelt
worden. Auf der Havel bei Spandau rissen sich viele Boote los.

Heftige Schneestürme

haben in der Nacht zum Sonnabend schwere Beschädigungen an den
Dächern, Telephon- und Telegraphenleitungen in Oberschlesien
angerichtet, so daß der Telegraphenverkehr nach Ostpreußen
erhebliche Verzögerungen erlitt.

Sturmschäden in der Tschechoslowakei

Wägen, Mägen und die südliche Elbe sind am Sonn-
abend ganz im Süden schwerer Stürme. Im Prag wurden viele
Dächer beschädigt, der Schwarzenberger Park wurde zu einem
Chaos von niedergerückten Bäumen und Sträuchern.

Schafft-Lutherei

Am Sonnabend wurde in Berlin unter Führung
des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther ein „Bund
zur Erneuerung des Reiches“ gegründet.
Der Zweck ist angeblich, „endlich die volle Einheit des
Reiches zu schaffen“.

Man braucht von den geistigen Qualitäten des vor-
legten Reichskanzlers Hans Luther bei weitem nicht die
hohe Meinung zu haben wie er selber, eine Eigenschaft wird
man ihm jedoch nicht abstreiten können, mit rücksichtsloser
Energie versteht er es, für sich Propaganda zu machen.
Aus dem Durchschnittsüberbürgermeister von Eisen wurde
unter der Reichskanzlerschaft Cunos umgeben Angedenkens
ein total versagender Reichsernährungsminister. Sodann ge-
hörte er zu den Intriganten, die die Regierung der Großen
Koalition im Herbst 1923 von innen heraus sprengten. Nach-
dem die unerlässlichen und unpopulären Vorarbeiten für die
Sanierung und Stabilisierung durch den sozialdemokratischen
Finanzminister Hilferding geleistet worden waren, ließ sich
Luther an dessen Stelle setzen und errichtete die Ämter des
unmühen Verwesens eines andern. Von da gab es nur noch
einen kleinen Sprung zur Reichskanzlerschaft.

Wie war dieser schnelle Aufstieg zu erklären? Nur so,
daß das deutsche Bürgertum so jämmerlich arm an Persön-
lichkeiten ist, daß jeder selbstbewußt auftretende Spiegelschleier,
der über die nötige Redefähigkeit und die passenden Schlag-
worte verfügt, sofort eine ganze Schar von Anhängern um sich
sammelt, die bewundernd ausruhen: „Das ist unser Mann!“
Besonders die sogenannten „Führer der Wirtschaft“, die einst
auf den deutschen Hugo Stinnes schworen, haben sich für
Luther sofort begeistert. Luthers Stärke als Reichskanzler
beruhte insbesondere darin, daß er seine Unabhängigkeit von
jeder parteipolitischen Bindung selbstgefällig betonte. Damit
imponierte er nicht zuletzt dem Reichspräsidenten Hindenburg,
der bei seinem Amtsantritt ihn als Reichskanzler vorkam
und lange Zeit für unentbehrlich hielt. In Wirklichkeit war
diese „Neberparteilichkeit“ bei Luther — wie bei Gehlers
Reichswehr — nur ein Schlagwort, um die wirtschaftliche und
politische Reaktion zu fördern und insbesondere den
Deutschnationalen die Rückkehr in die Regierung der
Republik zu erleichtern. Nur ein Mann im Bürgertum
hat ihn durchschaut: Gustav Stresemann, der ihn — auf
Gegenseitigkeit — wie die Hände wusch, zumal sich Luther
ihn gegenüber eine außenpolitische Konventionenkontrolle an-
maßte und ihn weder nach Locarno noch nach Genf allein
fahren ließ. Diese Rivalität zwischen Luther und Strese-
mann war schließlich sein Geheimnis mehr, da jeder auf den
andern beinahe öffentlich schimpfte. Letzten Endes erwies sich
der Reichsaußenminister doch als der Klüger. Heber der
schwarzweißen Flaggenerei des Auswärtigen
Luthers stolperte der Reichskanzler. So schnell der Aufstieg
Luthers gewesen war, so sah sein Sturz im Mai 1926.

Dieser Sturz ist ihm materiell nicht schlecht bekommen.
Die „Wirtschaft“ wollte sich diesen nützlichen Schilbholzer
warmhalten. Die Angebote, in den Aufsichtsrat
großer Industrieunternehmen einzutreten,
begleitet nur so, und er nahm sie an. Preußens Vertreter-
stelle im Aufsichtsrat der Reichsbahn wurde frei, die Wirt-
schaft setzte es beim Bürgerblock durch, daß, ohne die
preussische Staatsregierung zu fragen und
sonst gegen ihren ausdrücklichen Widerspruch, ihm diese
Stelle mit weit über 20000 M. Jahresgehalt
übertragen wurde, offenbar, weil seine Reichskanzlerpension
und seine sonstigen privaten Einnahmen nicht genügen. Er
füllte diesen neuen Posten zunächst in der Weise aus, daß er
sich auf Kosten des Auswärtigen Amtes zu einer mehr-
monatigen Propagandareise nach Süd-
amerika entsandte. — Aber Luthers Ehrgeiz ist nicht
befriedigt. Er sieht sich zu höherem geboren, und außerdem
will er seine Nebensache über Stresemann. Zu diesem Zweck
hat er den scheinheiligen Mantel der „Neberparteilichkeit“ ab-
geworfen und ist im September der Essener Ortsgruppe der
„Deutschen Volkspartei“ beigetreten. Nun soll die
Welt noch von ihm zu hören bekommen!

Er ist jetzt wieder an die Öffentlichkeit mit einer
Gründung getreten. „Bund zur Erneuerung des
Reiches“ nennt sich seine Schöpfung. Ein leichter, ge-
schwätzig, inhaltloser Aufruf soll den Anstoß erwecken, als
ob sich Luther besonders für die Lösung eines Problems
interessiert, das in letzter Zeit viel erörtert wurde: die Frage
des Verhältnisses von Reich und Ländern. Natürlich ist der
Bund „überparteilich“, 200 Männer aus allen Lagern,
vor allem die famosen „Wirtschaftsführer“, die auf jeden
Satzwindel hereinfallen oder ihn bewußt unterstügen, haben
ihn zum Vorsitzenden dieses Bundes ernannt. Was der Bund
eigentlich will, läßt sich aus den oafglanten Nebensachen so-
wohl des Aufrufs wie auch der persönlichen Kommentare
Luthers unmöglich herauslesen. Der übliche Eiertanz mit der
„Reichsgewalt“ und der „bodenständigen Eigenart“
der Länder wird mit teils lächerlichen, teils schwalligen
Ehrfrazen zum hundertsten Male vor einem bewundernden
Spekterium aufgeführt.

Was der wirkliche Zweck des Bundes ist, wird da-
gegen konnenklar, und nicht umsonst haben wir dieser an sich
bedeutungslosen Angelegenheit eine Schilderung der Person
und der Karriere Luthers vorangeschickt. Dieser „Bund“ ist
nichts anderes als die Plattform für die chre-
geizigen politischen Pläne seines Vorsitzenden.
Erst Reichskanzlerschaft, dann Reichspräsidentenschaft!